



II - ~~3854~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER

Zl. 353.110/8-I/6/93

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
 Tel. (0222) 531 15/0
 DVR: 0000019

29. Jänner 1993

An den
 Präsidenten des Nationalrats
 Dr. Heinz FISCHER

Parlament

1017 Wien

3808 /AB
1993 -02- 03
zu 3895/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Kraft, Freund und Kollegen haben am 3. Dezember 1992 unter der Nr. 3895/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend wirtschaftliche Situation im Bezirk Braunau gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche sozialpolitischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurzfristig zu setzen, um die Folgewirkungen der Kündigungswelle abzufedern?
2. Was ist mittelfristig die industriepolitische Strategie der Bundesregierung für den Bezirk Braunau?
3. Hat die Bundesregierung bereits Schritte in die Wege geleitet, um Betriebsansiedelungen im Bezirk Braunau zu begünstigen?
4. Gedenkt die Bundesregierung die Ansiedlungsgesellschaft ICD mit der Ansiedelungsplanung zu trauen?
5. Wurde bereits eine definitive Entscheidung über den Bau der Sondermüllverbrennung getroffen?
6. Wird bei der weitreichenden Entscheidung die Meinung der Bevölkerung ins Kalkül gezogen?

7. Gibt es bereits Alternativszenarien für die Sondermüllverbrennungsanlage?"

Diese Anfrage beantworte ich - ungeachtet dessen, daß sie auch Zuständigkeitsbereiche anderer Ressorts betrifft - wie folgt:

Zu Frage 1:

Beim Treffen der Regierungsvertreter mit Vertretern der Region Braunau Mitte Dezember 1992 wurde vereinbart, die Arbeitsstiftungen der Firmen SAKOG und AMAG in eine regionale Arbeitsstiftung einzubringen. Dadurch sollen auch Klein- und Mittelbetriebe in die Stiftungsmöglichkeiten einbezogen werden.

Darüber hinaus werden auch Förderungen aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung gewährt werden.

Im Rahmen dieses Programms sollen die Berufschancen der österreichischen Arbeitnehmer durch gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme verbessert, Einrichtungen der berufsbezogenen Erwachsenenbildung modernisiert, die Arbeits- und Ausbildungsteilnahme von Frauen durch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen erleichtert, Betriebe und ihre Belegschaften bei der Gründung von Einrichtungen zur aktiven Bewältigung des Strukturwandels unterstützt sowie die Anpassung von Betrieben an geänderte Marktverhältnisse und nötige Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Insgesamt stellt der Bund für dieses Sonderprogramm einmalig einen Betrag von 1 Milliarde Schilling zur Verfügung. Daraus können Maßnahmen gefördert werden, die zwischen dem 1. Jänner und dem 31. Dezember 1993 beginnen. Die Auszahlung der jeweils gewährten Beihilfe kann sich auf die Jahre 1993 und 1994 erstrecken.

Zu Frage 2:

Ungeachtet dessen, daß für die Beantwortung dieser Frage der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zuständig ist, möchte ich folgende geplante Maßnahmen anführen:

1. Maßnahmen zur Sanierung der AMAG

Alle verantwortlichen Organe und Mitarbeiter arbeiten an der Restrukturierung der AMAG, welche in einem extrem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld agiert, das insbesondere durch die Ostöffnung (Lieferungen von Aluminium aus den GUS-Staaten) und einen außergewöhnlich niedrigen Aluminium-Preis an den Metallbörsen gekennzeichnet ist. Die Öffentlichkeit und die Betroffenen werden über die Vorgänge in der AMAG und die geplanten Maßnahmen informiert. Mit der Belegschaftsvertretung besteht dauernder Kontakt. Die Verantwortlichkeit wird seitens der zuständigen Organe festgestellt und gemäß dem Aktiengesetz gehandhabt. Ein Sanierungskonzept, welches bereits wiederholt auch in der Öffentlichkeit dargestellt wurde, ist in Umsetzung.

2. Bergbauförderung im Bezirk Braunau

Mittel aus der staatlichen Bergbauförderung konnten und können der AMAG selbst zwar nicht gewährt werden, dem Bezirk Braunau/Inn kamen sie jedoch indirekt durch die Förderung der in diesem Bezirk liegenden SAKOG zugute. Gerade in der bereits eingeleiteten Stilllegungsphase dieses Unternehmens ergibt sich ein erhöhter Bedarf an Bergbauförderung als Folge der Schließungsproblematik.

Die SAKOG hat allein in den Jahren 1989 - 1992 insgesamt rund 300 Mio S an Bundesmitteln im Wege der Bergbauförderung erhalten. Diese Unterstützung wird auch heuer und in den nächsten Jahren bis zum endgültigen Abschluß der Bergbaustilllegung

(voraussichtlich 1995) fortgesetzt werden. Darüber hinaus sind dem Unternehmen rund 120 Mio S seitens der ÖIAG-Bergbauholding AG (bzw. ÖIAG-Konzern), die minderheitlich an der SAKOG beteiligt ist, an Gesellschafterzuschüssen zugeflossen.

Zu den Fragen 3 und 4:

Die ICD ist schon seit längerem bemüht, Betriebe in der Region anzusiedeln. Konkrete Verhandlungen mit der Firma Audi scheiterten, da vom Unternehmen der Standort Györ vorgezogen wurde. Weiters ist man bemüht, im Rahmen der Technologie- und Marketinggesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern.

Zu den Fragen 5, 6 und 7:

Grundsätzlich möchte ich festhalten, daß operative Angelegenheiten im Bereich des ÖIAG-Konzerns von den zuständigen Unternehmensorganen zu behandeln sind. Ungeachtet dessen teile ich mit, daß eine Entscheidung über den Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage in Braunau nicht getroffen wurde.

Die Meinung der Bevölkerung würde selbstverständlich - wie bei allen Projekten dieser Art - im Zuge des Bürgerbeteiligungsverfahrens und einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen sein.

Zur Frage möglicher Alternativszenarien für eine Sondermüllverbrennungsanlage verweise ich auf eine Untersuchung des Umweltbundesamts, derzufolge für den in Österreich verursachten Sondermüll mindestens drei Verbrennungsanlagen mit der Kapazität der EBS in Wien erforderlich sind. Die Experten lassen keinen Zweifel daran, daß schon kurzfristig in Österreich der Bedarf an neuen Entsorgungskapazitäten für Sonderabfälle bestehen wird.

